

Peter Ruben

Von den Chancen, Kaderphilosoph zu werden¹

Erläuterungen für Außenstehende

Mit glücklichem Griff hat Norbert Kapferer die Feindbildproduktion als wesentlichen Inhalt der Selbstbestimmung marxistisch-leninistischer Philosophie in der verronnenen DDR thematisiert. Diese hat ihm obendrein die Liebe angetan, fünf Monate nach Abschluss seiner Untersuchung die Existenz ihres Gegenstands zu beenden. So ist, was als ein nach seinen möglichen Perspektiven zu erkennender Prozess studiert worden ist, ein abgeschlossener Vorgang geworden und für uns der Glücksfall eingetreten, im Augenblick des Endes einer Geschichte bereits eine Darstellung derselben zur Verfügung zu haben.

Wird sie tragfähig bleiben? Sofern die vom Autor mit Akribie versammelten Fakta und Daten in Rede stehen, ganz gewiss. Die Öffnung der Archive wird kaum substantielle Änderungen erzwingen, sofern Kenntnisnahme der Motive derer, die die zur Debatte stehende Geschichte gemacht haben, beiseitegelassen wird. Anders stellt sich die Sache dar, wenn der theoretische Rahmen erörtert wird, in dem Kapferer die „marxistisch-leninistische Philosophie in der DDR“ identifiziert. Er unterscheidet treffend zwischen der „Kaderphilosophie“ und den „nichtparteikonformen philosophischen Positionen“ (S. 3), bestimmt die Kaderphilosophie als „eigentliche Gralshüterin des Marxismus-Leninismus“, charakterisiert durch das Selbstverständnis, „die Philosophie als ein Instrument der Partei zu begreifen und dies auch ungeniert als die eigentliche Wesensbestimmung der Philosophie zu behaupten“ (ebd.). Es ist diese Auffassung der Kaderphilosophie, die ich für problematisch halte und zu korrigieren vorschlage.

Erstens hat „Marxismus-Leninismus“ stets mehr als ein philosophisches Konzept bedeutet, nämlich zusätzlich zu diesem und keineswegs in logisch stringenter Verknüpfung mit ihm eine Lehre der politischen Ökonomie einerseits und des sogenannten „wissenschaftlichen Sozialismus“ oder (später) „wissenschaftlichen Kommunismus“ andererseits - nach dem Modell des berühmten „Anti-Dühring“, den F. Engels 1877/78 nach sozusagen parteiamtlicher Aufforderung durch W. Liebknecht, ergangen am 21. April 1875, zuerst im „Vorwärts“ publizieren ließ. Die drei Abschnitte dieser Darstellung: Philosophie, Politische Ökonomie, Sozialismus, haben der späteren Deutung den Begriff des Marxismus, seit 1928/29 in der Sowjetunion des Marxismus-Leninismus geliefert, durch den die Philosophie per definitionem nie etwas anderes als ein „Bestandteil“ gewesen ist, also a priori keine „Gralshüterin“. Marxistisch-leninistische Ökonomen haben entschieden jede philosophische Intervention

¹ Erstveröffentlicht in: Norbert Kapferer: Innenansichten ostdeutscher Philosophen. Darmstadt 1994, S. 7-29. (Rechtschreibung vom Hrsg. angepasst)

abgewiesen und sich gegebenenfalls nicht gescheut, die liberalistische Denunziation der „philosophischen Spekulation“ innerhalb des kommunistischen Diskurses munter fortzusetzen. Vertreter des „wissenschaftlichen Kommunismus“ sind unter der Verpflichtung angetreten, mit der Konzeption einer deutlich historistisch angelegten Gesellschaftslehre die Differenz ihrer Disziplin zum historischen Materialismus glaubhaft zu präsentieren. Gralshüterin des Marxismus-Leninismus ist daher die Kaderphilosophie nie gewesen. Das zu sein hat vielmehr zu den Befugnissen der Ideologiesekretariate der Zentralkomitees kommunistischer Parteien gehört.

Zweitens ist der Versuch, „die Philosophie als ein Instrument der Partei zu begreifen und dies auch ungeniert als die eigentliche Wesensbestimmung der Philosophie zu behaupten“, durchaus nicht identisch mit dem Bemühen, einen Philosophenkader zu schaffen, der wirklich Produzent der Kaderphilosophie sein kann. Gilt die Partei als Kampfbund Gleichgesinnter, handelnd und urteilend gemäß ihres mehr oder weniger demokratisch legitimierten Status, kann der ihr zuneigende oder gar zugehörige Philosoph von der subjektiven Annahme ausgehen, als Person das fragliche „Instrument“, d. h. die Erkenntnis von den Bedingungen der Möglichkeit menschlicher Emanzipation via Diktatur des Proletariats, wenigstens für jene herzustellen, die in dieser Partei Philosophiebedarf haben. Gilt dagegen die Partei als ein Apparat, der sich seinen Kader zur Führung „ideologischer Klassenschlachten“ zusammenstellt, ist der Kader- oder Parteiphilosoph positiv selektierter Funktionär zur Ausgabe weltanschaulicher Signale, deren Informationsgehalt eben der Apparat bestimmt. Unbestreitbar hat die Geschichte des Kommunismus des 20. Jahrhunderts im Sinne der Bildung einer Partei als eines Kampfbunds Gleichgesinnter begonnen; unbestreitbar hat sie mit dem Zusammenbruch der gleichen (nicht derselben) Partei als eines Regierungsapparats geendet, wenigstens in Europa. Die Transformation jenes Beginns in dieses Ende ist einhergegangen mit der Ersetzung des persönlichen Engagements für die menschliche Emanzipation via Selbstbefreiung der Arbeiter oder Vermögenslosen mittels proletarischer Diktatur durch die Annahme des Parteauftrags, den je besonderen Antworten irgendeines Politbüros auf aktuell gegebene Herausforderungen als Ausdrücken der „Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus“ propagandistische Ausdeutung zu geben. Genau in dieser Ersetzung ist nach meiner Sicht das entstanden, was Kapferer „Kaderphilosophie“ nennt. Diese ist tatsächlich die bürokratisch geordnete Gestalt der Auflösung des kommunistischer Parteiherrschaft unterworfenen marxistischen philosophischen Anspruchs. Sie ist das Produkt der „Bolschewisierung“ der marxistischen Philosophie.

Norbert Kapferer begreift die Kaderphilosophie nach schriftsprachlichen Äußerungen und abstrahiert gezwungenermaßen (wie auch anders als Außenstehender?) von der Besonderheit der Schicksale der beteiligten Personen. Das ist legitim, erhellt aber nicht die konkrete Geschichte. Und für Beteiligte bzw. in die Geschichte der Kaderphilosophie Verwickelte ist Kapferers durch Abstraktion bestimmter Standpunkt je nach Charakter mehr oder weniger provokativ. Zur Einsicht in diese provozierende Natur der Wahrnehmung Kapferers gebe ich zwei Beispiele an: Wolfgang Harich wird uns zunächst als „Kaderphilosoph“ und danach „Dissident“ vorgeführt. Man könnte im Sinne der Definition der Kaderphilosophie durch

Kapferer hinzufügen, dass Harich mit seiner Verdammung Nietzsches² die Rückkehr in das Reich eben dieser Philosophie vollzogen hätte. In Wahrheit hat Wolfgang Harich in keinem Augenblick seiner philosophischen Wirksamkeit auf die Artikulation seiner persönlichen Sicht verzichtet. Er ist stets unfähig gewesen, die nach meiner Sicht definierende Bedingung wirklicher Kaderphilosophie zu erfüllen, die Unterwerfung unter die ideologischen Anweisungen des Ideologiesekretariats der SED. Harich hat in der „Täglichen Rundschau“ im Mai 1949 zur Feier der philosophischen Leistung Lenins und Stalins geschrieben: „Die Forderung des antiken Denkers Plato, dass die Staaten von Philosophen geleitet werden müssten, ist seit 32 Jahren auf einem Sechstel der Erde verwirklicht: in der sozialistischen Sowjetunion“ (TR vom 13.5.1949). Das ist natürlich Artikulation von Kaderphilosophie im Sinne Kapferers, wie sie aus- oder eindrücklicher kaum vorstellbar ist. Dennoch stellt sie das Problem: Das Vaterland des dialektischen und historischen Materialismus soll die Erfüllung des Traums sein, den der Stammvater des klassischen Idealismus gehabt hat? Die Kaderphilosophie soll den von der kommunistischen Partei hervorgebrachten „Sozialismus“ als die endlich gelungene Modellierung der politischen Philosophie ihres Hauptgegners halten? Das kann nicht gutgehen; und es ist nicht gut gegangen: Zehn Jahre Zuchthaus lautet bekanntlich das Urteil des wirklichen kommunistischen Kadern über Harich, darin nicht den Politiker, der gar nicht ernst genommen ward, sondern akkurat den Philosophen Harich treffend, dem Politik selbstverständlich Realisierung politischer Philosophie gewesen ist. Es ist dieses Urteil, das mir die Anerkennung von Kapferers Begriff der Kaderphilosophie unmöglich macht.

Ein zweites Beispiel liefert Klaus Zweiling, den Kapferer einen Kaderphilosophen und „linientreuen Stalinisten“ nennt (S.64). Da ich von Zweiling in die Möglichkeiten materialistischer Lektüre Hegels eingeführt worden bin (1955 bis 1957), ist Kapferers Urteil für mich von besonderem Interesse. Ich vermisse in ihm sehr die Kenntnis der Tatsachen, dass Klaus Zweiling, von Max Born in Göttingen promoviert, seit 1920 in der USPD, dann SPD und 1931 Gründungsmitglied der SAP, im August und September 1933 im Columbia-Haus von den Nazis entsetzlich zusammengeschlagen, 1950 unter der Regie des obersten Kaderfunktionärs W. Ulbricht als Chefredakteur der „Einheit“, dem theoretischen Zentralorgan der SED, entlassen worden ist, weil er den unverzeihlichen Fehler begangen hatte, die Werke des „großen und weisen Lehrmeisters aller Werktätigen“ zu wenig zu propagieren.³ Obendrein hatte Zweiling die für einen wirklichen Kaderphilosophen unbegreifliche Dummheit begangen, 1950 seinen Beitrag zu einer Tagung über philosophische Fragen der Physik zusammen mit dem Pascual Jordans im Akademie-Verlag zu publizieren.⁴ So verschwand er dann aus der

² W. Harich, Revision des marxistischen Nietzschebildes? In: Sinn und Form 39/5 (1987).

³ Das neu eingesetzte Redaktionskollegium stellt sogar in seiner Erklärung über „Die Rolle der Zeitschrift „Einheit“ im Kampf um die Partei neuen Typus“ fest: „Die bedeutende Rolle des Genossen Stalin... wurde von der Redaktion der „Einheit“ totgeschwiegen.“ Und es teilt weiter mit: „Als besonders Genosse Walter Ulbricht im Januar d.J. auf der 24. Tagung des Parteivorstandes die politischen Fehler der Redaktion kritisierte, versuchte Genosse Klaus Zweiling diese Fehler zu erklären und zu verteidigen, stieß jedoch auf einmütige Ablehnung des Parteivorstandes.“ Als Zweiling im Februarheft 1950 einen wiederum beargwöhnten Artikel (von Winternitz) zuließ, beschloss das Politbüro seine Amtsenthebung. Vgl.: Einheit 5/5 (1950), 385-388.

⁴ Beiträge zum neuzeitlichen Weltbild der Physik. Pascual Jordan, Das Plancksche Wirkungsquantum. Klaus Zweiling, Dialektischer Materialismus und theoretische Physik, Berlin 1950.

Philosophenzunft und ist erst 1955 an der Humboldt-Universität mit einem philosophischen Lehramt betraut worden, dem 1958 die Krise nicht erspart geblieben ist.

Man könnte weitere Beispiele dieser Art vorstellen. Sie laufen alle darauf hinaus, daß Personen nicht bereit waren, Funktionäre zu werden, obwohl sie mit ihnen die Vision des Kommunismus des 20. Jahrhunderts teilten. Diese Vision unterstellte, die menschliche Emanzipation, an sich Intention aller Philosophie, könnte kommunistisch vermittels der Übernahme der politischen Macht in einer Nation so betrieben werden, dass eben diese Machtübernahme der geschichtlich letzte Akt des Staats überhaupt wäre mit dem Sinn, der unmittelbar sozialen Assoziation aller Menschen die Wege zu ebnet. Die Verweigerung, Funktionär zu werden, d.h. auf die Geltung des persönlichen Urteils zu verzichten, war identisch mit der Erwartung, die kommunistische Machtübernahme würde transitorischer Natur sein und den unmittelbaren Produzenten die reale Möglichkeit in die Hände spielen, ihre sozialen Verhältnisse selbst zu determinieren. In dem Maße, in dem sich dieser Erwartung als Illusion erwies, verlor die marxistische Philosophie ihre persönlichen Proponenten und wurde als marxistisch-leninistische Philosophie das parteikonforme Geschäft der Kaderphilosophen. Das war ein Prozess, der mit jedem neuen Studienjahrgang lokal reproduziert wurde und insgesamt die Dominanz der Kaderphilosophie, gestützt durch das formelle System der Institutionen, hervorbrachte.

Was meint „Kaderphilosophie“?

Um den wirklichen Sinn der Kaderphilosophie zu erfassen, muß Stalins Rede auf der Konferenz marxistischer Agrarwissenschaftler am 27. Dezember 1929 zur Kenntnis genommen werden. Sie hat die Wende zur Herausbildung des entsprechenden Philosophenkaders eingeleitet. Stalin notiert angesichts der forcierten Kollektivierung, „daß das theoretische Denken mit unseren praktischen Erfolgen nicht Schritt hält“, und er befindet dann, „daß die theoretische Arbeit... unseren Praktikern in ihrem Kampfe für den Sieg des Sozialismus die Waffen liefert“.⁵ Es ist diese Präsentation der Theoriebildung als Waffenproduktion, die auch und gerade für die Kaderphilosophie zur quasi axiomatischen Grundannahme geworden ist. So geht es nicht mehr ums Denken und Erkennen, sondern ums Schlagen und Entlarven, ums Siegen in einem selbst erklärten Krieg. Ganz konsequent heißt es daher weiter: „Bekanntlich gibt die Theorie... den Praktikern. .. den Glauben an den Sieg unserer Sache.“ Und Stalin versteht, daß die „Sätze der marxistisch-leninistischen Ökonomie... das sicherste Gegengift gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien sind“, die ihrerseits nur „die Köpfe unserer Praktiker verkleistern“.⁶ Logische Kontrolle und empirische Prüfung, die gewöhnlichen Verfahren in der Theoriebildung, sind damit erledigt. Der „Glauben an den Sieg unserer Sache“ ist Ziel der Produktion von Sätzen, deren Äußerung der Verabreichung von Giften oder Gegengiften gleichbedeutend wird, Unglauben oder Glauben bewirkend. Diejenigen, die den Glauben - natürlich des Generalsekretärs - hervorrufen, heißen „wissenschaftlich“; die den Unglauben zur Folge haben, werden „antiwissenschaftlich“ genannt. Und so empört sich Stalin

⁵ J. Stalin, zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR, in: Ders., Werke, Bd.12, Berlin 1954, S. 125-126.

⁶ Ebd., S. 126-127.

denn auch dar-über, dass „die antiwissenschaftlichen Theorien der ‚Sowjet‘-Ökonomen vom Schlage eines Tschajanow... ungehinderte Verbreitung finden“, während „die genialen Werke von Marx, Engels und Lenin... nicht popularisiert... werden.“⁷ Als Verfahren zur Beseitigung dieses Umstandes gebietet der Generalsekretärs schließlich, „alle Maßnahmen“ zu treffen, „alle wie immer gearteten bürgerlichen Theorien ... Kurz und klein zu schlagen und mit Stumpf und Stiel auszurotten“.⁸

Das ist das Programm der stalinistischen Kaderideologie, zu dem die von Kapferer identifizierte Kaderphilosophie nur die Projektion in die „philosophische Front“ bildet. Es ist ein Programm intellektueller Barbarisierung, ein Programm des Bruchs mit der Wissenschaft überhaupt. Wie es selbst gegen die „Popularisatoren“ der „genialen Werke von Marx und Engels“ realisiert worden ist, zeigt die Absetzung der Verhaftung D. Rjasanows am 16. Februar 1931 (er ist am 21. Januar 1938 als Bibliothekar in Saratow erschossen worden) und die anschließende Besetzung des Marx-Engels-Instituts in Moskau durch die GPU am 13. März 1931, der die Entlassung von 127 Mitarbeitern auf dem Fuße gefolgt ist. Die Potenzierung solcher Ausrottung „mit Stumpf und Stiel“ durch die Moskauer Prozesse insbesondere und den „roten Terror“ im Allgemeinen, bis zum Slánsky-Prozeß Ende 1952 skrupellos fortgesetzt, hat der marxistischen Philosophie unter kommunistischer Parteiherrschaft eine objektive Bedingung gestellt, der auszuweichen ihr ganz unmöglich gewesen ist. Sie hat der Sache nach die Überflüssigkeit philosophischer Forschung bedeutet, die Verwandlung des Philosophen in den Propagandisten und Deuter der jeweils letzten Parteibeschlüsse. Sie hat, das sei nicht vergessen, bereits im August 1922 mit der Verhaftung und Ausweisung von 160 Intellektuellen aus Sowjetrußland begonnen.

Die eigentliche Überflüssigkeit philosophischer Forschung hat übrigens A. Shdanow im Juni 1947 ebenso umstandslos und offenherzig wie begriff- und bewusstlos ausgesprochen: Während er der Sowjetphilosophie die Aufgabe stellt aufzuzeigen, wie das „Gesetz der Dialektik“ vom Kampf der Gegensätze (d. i. Stalins Sicht) „unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft wirkt und worin die Eigenart seiner Anwendung besteht“, stellt er zugleich und im Vollgefühl seiner parteiamtlichen Kompetenz fest: „Indessen hat jedoch unsere Partei bereits seit langem jene besondere Form der Aufdeckung und Überwindung der Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft (und diese Widersprüche gibt es, aber darüber wollen die Philosophen aus Feigheit nicht schreiben) gefunden und in den Dienst des Sozialismus gestellt..“⁹ Damit ist durch den Ideologiechef bindend dekretiert: Was Philosophen „aufzeigen“ sollen, weiß „unsere Partei bereits seit langem“. Die Annahme dieses Grundsatzes, gläubig oder zynisch, ist es, die nach meinem Dafürhalten den Kaderphilosophen sans phrase ausmacht. Wer diese Annahme bei jeder sich bietenden Gelegenheit öffentlich artikuliert und an der „philosophischen Front“ mit Eifer und Intensität die „Entlarvung“ stets neuer und unerwarteter „ideologischer Klassenfeinde“ betreibt, der gewinnt die Chance, in den Philosophieklub aufgenommen zu werden.

⁷ Ebd., S.134.

⁸ Ebd., S. 142.

⁹ A. Shdanow, Über Kunst und Wissenschaft, Berlin 1951, S. 109.

Angesichts der tatsächlichen Überflüssigkeit echter philosophischer Forschung unter den Bedingungen kommunistischer Parteiherrschaft ist natürlich zu fragen: Warum in aller Welt ist dann überhaupt philosophisches Fachstudium finanziert, warum sind akademische Lehre und Forschung unterhalten worden? Die Antwort lautet: Weil das kommunistische Herrschaftssystem einen fast unstillbaren Bedarf an Agitatoren und Propagandisten jeglicher beruflicher Provenienz hat. Indem dieses System die persönliche Initiative ökonomisch ausschließt und durch die Entscheidungen der Zentrale ersetzt, ist es existentiell an ein Reservoir von Funktionären gebunden, die die sogenannte „Überzeugungsarbeit“ verrichten. Die Ersetzung des Denkens und Erkennens, von Personen in Eigenerfahrung betrieben, durch das Überzeugen und Entlarven im bestellten oder auch gewählten Parteauftrag legitimiert die fragliche Finanzierung. Der überzeugende und entlarvende Ideologiefunktionär ist unentbehrlich für die Realisierung von Entscheidungen der Zentrale. Diese „erkennt“, aber ihre „Erkenntnisse“ müssen unters Volk gebracht werden, um es für „die Erfüllung der Beschlüsse von Partei und Regierung“ in Bewegung zu setzen. So ist ein Dienstleistungsbedarf definiert, den zu befriedigen Sache des Ideologiefunktionärs ist, u. a. des Kaderphilosophen. Seine Ausbildung auch zur Aufgabe akademischer Institutionen zu machen ist Bestandteil der Unterordnung jener Einrichtungen, die in der kommunistischen Machtübernahme vorgefunden werden.

Speziell mit Bezug auf die Philosophie könnte man meinen, dass sie unter kommunistischer Parteiherrschaft schließlich allein an Parteischulen hätte reproduziert werden sollen. Aber diese durchaus vorhandene Tendenz ist faktisch nicht dominant durchsetzbar gewesen. Einerseits hatte die Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs an Universitäten und Akademien bereits durch Ideologiefunktionäre besetzte Stellen hervorgebracht, die von ihren Inhabern selbstverständlich parteikonform verteidigt wurden. Andererseits bedurfte die internationale Kommunikation der akademischen Reputation, die universitäre Institutionen im Unterschied zu Parteieinrichtungen problemlos mitlieferten. Wie schwierig die Subsumtion war, bemerkte der Parteikader in der DDR anlässlich der Ende der sechziger Jahre geplagten Akademie-Reform, als er die Hypothese zu realisieren versuchte, die Parteikompetenz hinsichtlich der Gesellschaftswissenschaften durch die Übernahme der entsprechenden Fachdisziplinen in die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED klarzustellen. In diesem kuriosen Versuch wurde ihm erst deutlich, auf welches Geschäft er sich einlassen wollte, z.B. auf die Aufgabenformulierungen für Archäologie, Alte Geschichte, Linguistik, für die Auswertung der Turfan-Texte usw. Als dies dem Parteikader deutlich wurde, entschloss er sich zum Verzicht auf die parteiamtliche Unterwerfung der Gesellschaftswissenschaften und nahm Kurs auf die Konstituierung eines entsprechenden Forschungsbereichs an der Akademie der Wissenschaften selbst. Eben in diesem Zusammenhang avancierte das Akademie-Institut für Philosophie zum Zentralinstitut, mit diesem Namen nicht seine dominierende Stellung als kaderphilosophische Einrichtung ausweisend, sondern sein Dasein als Produkt zentralistischer Wissenschaftsorganisation nach dem Modell der sowjetischen Akademie der Wissenschaften.

Der Verzicht auf die parteiamtliche Subsumtion philosophischer Produktion war

gleichbedeutend mit der Anerkennung einer institutionell höchst differenzierten Basis dieser Produktion, konterkariert durch das Bemühen, in den verschiedenen philosophischen Lehr- und Forschungseinrichtungen möglichst Kaderphilosophen in Leitungspositionen zu lancieren. Diese waren nicht an sich gegeben, sondern mussten erst positiv selektiert werden. Das geschah durch Feststellung derer, die sich in der Durchsetzung der Parteipolitik auch und vor allem in ihren mitunter jähen Wendungen „bewährt“ hatten, ein viele Jahre beanspruchender Vorgang. Die „Bewährung“ bestand nicht darin, „die Philosophie als Instrument der Partei“ zu begreifen (das Begreifen war nie Parteianliegen, immer das Angreifen), sondern darin, von Parteitag zu Parteitag, von einer ZK-Tagung zur nächsten die ideologisch bedeutsamen Sprachbrocken aus diesen Zusammenkünften aufzugreifen und möglichst mit Rückgriff auf interne Informationen vor irgendeinem Publikum parteikonform auszudeuten, breit und platt zu treten. Ob das gelang oder nicht, hing vom Wohlwollen hochrangiger Vertreter des Parteikaders ab, weshalb der Aufbau von persönlichen Beziehungen zu solchen Vertretern eine der wichtigsten Aktivitäten des werdenden Kaderphilosophen war. Auch die Publikumszusammensetzung war in Rechnung zu stellen. In ihr konnten sich Leute anfinden, die ihnen bedenkliche oder suspekter Äußerungen sofort irgendwelchen Kreis- oder Bezirksleitungen der Partei mitteilten und auf „parteimäßige Klärung“ drängten.

Die Philosophie zu begreifen, wenn auch nur als Instrument der Partei, hat die Kaderphilosophie nie angestrebt. Sie hat an kanonisierten Sätzen der „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ ihr Auskommen gehabt. Für sie bezeichnet das Wort Philosophie vielmehr einen Kampfplatz, ein Schlachtfeld, auf dem ihre Vertreter die „philosophische Front“ zu verteidigen haben, die ihrerseits durch fortgesetzte und stets verschärfte Attacken immer neuer ideologischer Klassenfeinde ein nahezu unerschöpfliches Dasein hat. Speziell „Abweichler“, „Renegaten“, „Revisionisten“ garantieren die Auffüllung der feindlichen Front, droht sie durch siegreiche Entlarvung bislang ausgemachter Gegner auszuzehren. Leitet heute Genosse Trotzki die Feierlichkeiten zum fünften Jahrestag der Revolution (und das ist 1922 der Fall gewesen), so kann er morgen, z. B. in zwei Jahren, als der Urheber des „alten“ und des „neuen Trotzismus“ dingfest gemacht werden (was denn auch 1924 geschehen ist), und der Kampf gegen ihn wird zur unabweisbaren Aufgabe der Kaderphilosophie. Ist heute Genosse Bucharin „Liebling der Partei“ und Präsident der Kommunistischen Internationale (was er seit Oktober 1926 gewesen ist), so kann er morgen, weil die Parteiführung „links schwenkt, marsch!“ kommandiert, „rechter Abweichler“ sein (durch Stalin im Dezember 1928 öffentlich angezeigt) und ein arger Beelzebub der Kaderphilosophie, die umgehend als neuen Feind die „bogdanowistisch-mechanistischen Theorien Bucharins“ ausmacht. Niemand ist gegen solches Schicksal gefeit, auch der oberste Generalsekretär nicht, gewiss nicht nach seinem Abtritt von der Bühne historischer Klassenkampfschlachten. Daher besteht keine Sorge um die Existenz der „philosophischen Front“ selbst, wenn immer nur die Staatsgewalt im Besitz der kommunistischen Partei verbleibt. Indem der Gebrauch der Macht die Bedingungen ihrer Existenz ändert, produziert er die Notwendigkeit neuer Entscheidungen. Und eben sie garantieren die fortlaufende Belieferung der „philosophischen Front“ mit den erforderlichen Feinden. Entscheiden heißt Alternativen ausschließen. Und die personelle Determination der

ausgeschlossenen Verhaltensmöglichkeit liefert den gewünschten Feind.

Kaderphilosophie in diesem Sinne ist in den Jahren 1930 und 1931 in der nun ebenfalls ehemaligen Sowjetunion im Zusammenhang mit der Kollektivierung der Landwirtschaft hervorgebracht worden. Sie ist kein originäres DDR-Erzeugnis, sondern eine für die Entwicklung der Philosophie in der DDR vorgegebene Bedingung. Sie ist wahrnehmbar geworden, sobald die SED-Führung im Juli 1948 angesichts des Kominformbüro-Urteils über Tito den Marsch in die „Partei neuen Typs“ proklamiert hat, mit dem zugleich dem bis dahin parteiamtlich geltenden „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ der Abschied gegeben worden ist wie der formell gehüteten paritätischen Zusammensetzung der Parteileitungen (Doppelbesetzung mit Sozialdemokraten und Kommunisten). Die wirkliche Durchsetzung dieser Bedingung als innere Voraussetzung der DDR-Philosophie hat, wie ich es sehe, etwa zehn Jahre in Anspruch genommen. Der zweite Einmarsch der Sowjetarmee am 4. November 1956 in Ungarn und speziell in Budapest markiert den Beginn der Wende, der durch die Verhaftung Wolfgang Harichs am 29. November 1956 sein philosophisches Komplement in der DDR erfahren hat. Die Prozesse gegen Peter Langer, Heinz-Dieter Schweikert und Karl-Heinz Messelken (Studenten am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität) im September 1958 in Cottbus, gegen Heinrich Saar, Herbert Crüger und Erwin Gülzow (Hochschullehrer am Institut für gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium der Humboldt-Universität) im Dezember 1958 in Potsdam indizieren die Vollendung der Wende, d. h. die vollzogene Geburt der formellen Dominanz der Kaderphilosophie in der DDR. Schlagwort dieser Zangengeburt ist die Phrase „Philosophen sind Parteiarbeiter“ gewesen. Und die 1957/58 gefällten Zuchthausurteile haben nachdrücklich das Risiko vorgestellt, das diejenigen eingehen, die dieser Phrase nicht ihre Referenz erweisen.

Wie die Wende von 1956/58 betrieben worden ist, macht das 10-Seiten-Papier der Leipziger Staatssicherheit über die innere Situation des Philosophischen Instituts der Universität Leipzig deutlich.¹⁰ Und was in ihr betrieben worden ist, eben das ist die Selektion von Kaderphilosophen nach dem Prinzip der Unterwerfung des Individuums unter die Weisungen des Parteiapparats, des Ausschlusses der Persönlichkeit als Bedingung philosophischer Urteilsbildung vor allem auch über die geschichtliche Bedeutung der kommunistischen Bewegung selbst. Die in der DDR 1956/58 realisierte Wende an der „philosophischen Front“ hat strukturell nur reproduziert, was 1929/31 in der Sowjetunion bereits vorexerziert worden ist: Ersetzung der persönlichen Fachkompetenz auch und gerade in der marxistischen Philosophie durch das Interpretationsmonopol des Ideologiesekretariats und selbstverständlich des jeweiligen Generalsekretärs der herrschenden Partei. Die Ersetzung der Artikel Blochs und Harichs im konfiszierten Heft 5 (1956) der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ durch Reden Ulbrichts und Hagers im Heft 5/6 desselben Jahrgangs modelliert diesen Vorgang geradezu klassisch. Die neue Redaktion mit Matthäus Klein und Alfred Kosing an der Spitze hat beide Reden als „von grundlegender Bedeutung auch für den Kampf an der philosophischen Front erklärt und sich daher „entschlossen, größere Teile aus dieser Rede (Ulbrichts vor der 30.

¹⁰ Vgl.: „Hoffnung kann enttäuscht werden.“ Ernst Bloch in Leipzig, dokumentiert u. kommentiert von V. Caysa, P. Caysa, K.D. Eichler u. E. Uhl, Frankfurt a.M. 1992.

ZK-Tagung) sowie auch Auszüge aus dem Diskussionsbeitrag von Kurt Hager noch in dieses Heft aufzunehmen“.¹¹ Genau so artikuliert sich Kaderphilosophie.

Unter Voraussetzung der gegebenen Darstellung möchte ich meinen, dass Kaderphilosophie im Unterschied zur Identifikation Kapferers darin besteht, ideologische, speziell weltanschauliche Meinungen im Dienste kommunistischer Parteiführungen und ihrer momentanen Interessenbestimmungen zu artikulieren oder zu reformulieren, darin kanonisierte Sätze der „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ als Begründungselemente nutzend. Die Begründungsleistung selbst ist dabei nicht etwa notwendig logisch (Absurditäten werden unbekümmert und skrupellos gebraucht), wohl aber appellativisch und wird endlich bis zur Auskunft geführt: Aber X hat doch gesagt (mit X für Marx, Engels, Lenin, den jeweiligen Generalsekretär, Ideologiesekretär etc.). Die Kaderphilosophie ist die Produktion eines Philosophenkaders als Teil des Parteikaders, selektiert nach den Normen der Nomenklatura und „die Partei“ für das Subjekt der Geschichte haltend, für die *Conditio sine qua non* eigener sinnvoller Existenz. Kaderphilosophie hat mit philosophischer Wahrheitsuche durch Personen nichts zu tun, sondern ist Artikulation weltanschaulicher Parteilichkeit im Interesse der Realisierung von Entscheidungen einer kommunistischen Führungsgruppe, die unabhängig von ihrer personellen Zusammensetzung „immer recht hat“. Kaderphilosophie entsteht in der abstrakten Negation des kritischen Potentials der Philosophie und hat das Bedürfnis nach systematischer, logisch stringenter Konstruktion jederzeit außer sich. Sie ist apologetisch, und ihre bewussten Vertreter wissen das auch sehr genau. Sie ist nicht eine wahre Gestalt der Philosophie, sondern Reflexion ihrer Ruinierung, Artikulation intellektueller Dienstleistung durch den frommen oder zynischen Verstand, bar jeder Vernunft.

Der Philosophenkader, der in der Tat Kaderphilosophie betreibt, ist Bestandteil der Nomenklatura, hat für seine Mitglieder sogenannte „Kaderentwicklungspläne“ für die Klassen I (Land), II (Bezirk) und III (Kreis) und hört auf das Kommando des Ideologiesekretariats einer kommunistischen Partei, das von Zeit zu Zeit neue Aufgaben an der „philosophischen Front“ stellt. Was diese sein solle (man stelle sich eine „mathematische Front“ oder eine „physikalische“ und dgl. vor), definiert gerade die Präsentation des zu bekämpfenden Feindes, weshalb Feindbildproduktion wesentliches Geschäft der Kaderphilosophie ist. Der die Kaderphilosophie betreibende Philosophiekader ist damit eine exklusive Funktionärsgruppe, der anzugehören in der Entscheidungsfreiheit der philosophisch Ausgebildeten liegt. Das Ergebnis der fraglichen Entscheidung hängt natürlich auch von den besonderen Bedingungen ab, unter denen philosophisch Ausgebildete ihre Zukunft bestimmen. Ist etwa die Nachfrage akademischer Philosophieeinrichtungen effektiv, wird das Einrücken in den Philosophenkader weniger zwingend als im Falle befriedigter Nachfrage (ein Unterschied, der in der DDR die fünfziger und sechziger Jahre deutlich von den siebziger und achtziger Jahren abhebt). Hat man in universitären Institutionen kaum eine oder gar keine Karrierechance, wird das Angebot, in den Philosophiekader einzutreten, durchaus verlockend (die Parteigenossenschaftlichkeit hat gegen die Ordinariatshierarchie auch ihre Reize).

Um diese Alternative zu verstehen, ist in Rechnung zu stellen, dass die Philosophie in der

¹¹ Erklärung der Redaktion, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 4/5,6 (1956), S. 517.

DDR in und außerhalb von Parteieinrichtungen der SED betrieben worden ist, der von mir avisierte Philosophenkader als Teil des Parteikaders jedenfalls an Parteischulen tätig gewesen ist, an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, der Dresdener Militärakademie, an der Gewerkschaftshochschule etc. Ihm hat der universitäre Bereich gegenübergestanden (1951 wurde das philosophische Fachstudium in der DDR eingeführt), komplettiert durch akademische Forschung (1962 wurde das Institut für Philosophie an der Deutschen Akademie der Wissenschaften unter Leitung von Georg Klaus gegründet). Die in diesem Bereich Tätigen gehören zunächst nicht zum Philosophenkader im von mir gemeinten Sinn. Sie sind nicht Angestellte der Partei, nicht in der Nomenklatur, sondern Staatsangestellte gewesen, dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unterstellt bzw. dem Akademiepräsidenten (der übrigens den Rang eines Ministers genoss). Der Personalbestand, durch den Philosophie in der DDR realisiert worden ist, stellt so etwas wie eine Vereinigungsmenge des Philosophenkaders mit außerhalb des Kaders agierenden Philosophen dar, die Differenziertheit der institutionellen Basis für die DDR-Philosophie ausweisend. Sie ist Bedingung der wirklichen Geschichte dieser Philosophie gewesen, eine Geschichte des Verhaltens von Personen und Funktionären in verschiedenen institutionellen Bindungen sowohl als auch unter Negation aller solcher Bindungen überhaupt, realisiert in privaten Zirkeln. Personen konnten Funktionäre werden, d.h. in den Philosophenkader einrücken; Funktionäre konnten aus dem Kader entlassen oder in den universitären bzw. akademischen Bereich delegiert werden, hier ihr altes Geschäft fortzusetzen oder auch einzuschränken. Schließlich ist es möglich gewesen, die Interessen des Parteiapparats mit den privaten so zu verknüpfen, dass man hier als getreuer Sachwalter der Parteipolitik, dort als weitläufiger Privatmann liberalster Provenienz zu erscheinen fähig gewesen ist. Auf diese Weise hat der Kaderphilosoph selbst die Kaderphilosophie zum Schein gemacht, mit dem die Finanzierung seiner privaten Unternehmungen legitimierbar gewesen ist.

Meine hier vorgeschlagene Einschränkung des Begriffs der Kaderphilosophie hat, abgesehen von der für das Verständnis der Philosophieentwicklung in der DDR wichtigen Kenntnisnahme der Mannigfaltigkeit ihrer fundierenden Institutionen, auch den Grund, deutlich auf das Verhältnis der DDR-Philosophen zur SED et vice versa hinzuweisen. Dies ist keineswegs durch Parteimitgliedschaft (für die meisten selbstverständlich und unvermeidlich) oder auch Übernahme irgendwelcher Parteifunktionen, „herausgehoben“ oder nicht, substantiell bestimmt gewesen, sondern durch die Annahme, die in der Regel sehr persönlich determinierte Anerkennung der Marxschen Idee von der revolutionären Arbeiterpartei als des notwendigen politischen Emanzipationsinstruments. Nicht die Philosophie als Instrument der Partei zu betrachten (eine philosophisch absurde Vorstellung), sondern die Partei als Mittel der Selbstbefreiung der Arbeiterschaft zu sehen, ist die ideelle Bedingung gewesen, sich als philosophierende Person im Verhältnis zur 1917/19 konstituierten kommunistischen Partei zu bestimmen. Indem jemand diese Partei als Auskunftsmittel der Vernunft wahrnimmt, ist sie oder er sicher Tochter oder Sohn ihrer bzw. seiner Zeit, mitnichten jedoch schon Kaderphilosophin oder Kaderphilosoph. Vielmehr steht so die möglicherweise sogar bittere Erfahrung erst bevor, dass die praktische Erhaltung der wie immer errungenen

kommunistischen Macht auf die Akkumulation ökonomischer Impotenz und die Ausbildung eines Apparats hinausläuft, der, für militärische Zwecke geschaffen, die Machtausübung nur mehr in militärischen Kategorien zu denken fähig ist, dem mithin das Feindbild als Gipfel der Äußerung intellektuellen Produktionsvermögens erscheint. Man kann nicht unterstellen, dass dieser Erfahrungsinhalt zur Zeit des Ersten Weltkriegs theoretisch antizipierbar gewesen sei. Folglich bleibt nur die, wenn man will, tragische Konsequenz, die Kaderphilosophie als historische Folge des wirklichen Versuchs zu begreifen, die Aufhebung des Proletariats durch „Verwirklichung der Philosophie“¹² zu praktizieren.

Dieser Versuch ist keine national deutsche Angelegenheit gewesen, sondern durch die russische Revolution weltgeschichtlich in Szene gesetzt worden – mit Berufung auf deutsche Ideen, in London konzipiert, an der Pariser Kommune gebildet. Allerdings ist es national deutsche Angelegenheit gewesen, diesen Versuch zur anachronistischen Kolonialisierung der Völker Osteuropas auszunutzen, was in der Reaktion zur sowjetischen Besetzung Ostdeutschlands geführt hat und damit zu Herstellung eben der Bedingungen, denen auszuweichen der Philosophie in der DDR unmöglich gewesen ist. Wie die DDR überhaupt die deutsche Antwort auf die Herausforderung der sowjetischen Besetzung im Gefolge des von Deutschland initiierten Zweiten Weltkriegs bedeutet hat, ist auch das Betreiben von Philosophie in dieser transitorischen und partikulären deutschen Staatlichkeit auf das Arrangement mit der siegreichen Sowjetmacht notwendig gerichtet gewesen. Natürlich hat es verweigert werden können, aber um den Preis des Exils und der Aufgabe eines Diskurses, der nach meiner Sicht noch bis Mitte der siebziger Jahre nicht aussichtslos schien, d. h. bis zum Ende des Vietnamkriegs und Zusammenbruch des letzten Kolonialreichs auf dieser Erde, des portugiesischen. Der Einmarsch der Sowjetarmee zu Weihnachten 1979 in Afghanistan hat diesen Anschein endgültig als Irrlicht erwiesen und damit das Ende des Arrangements gesetzt.

Die Kooperation mit der sowjetischen Siegermacht ist selbstverständlich für alle, die durch die Rote Armee aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern, Gefängnissen, Strafeinheiten, auch aus der inneren Emigration befreit worden sind, aktuelle Tagesaufgabe im Interesse der Beseitigung der Ursachen des Nationalsozialismus gewesen. Sie ist ebenso selbstverständlich für alle das Programm geworden, die mit dem Erkennen der deutschen Schuld am barbarischen faschistischen Völkermord den Willen zur Teilnahme am Werk einer halbwegs akzeptablen Wiedergutmachung verbunden haben. Die Rückkehr der Deutschen in die Gemeinschaft der Völker, die in Gestalt des Völkerbunds Deutschland unter Hitlers Kanzlerschaft im Oktober 1933 verlassen hatte und die sich gerade im Krieg gegen Deutschland als Vereinte Nationen reformierte, ist in der sowjetischen Besatzungszone a priori nicht unter antikommunistischen Feldzeichen vorstellbar gewesen (sie konnten mit der Sprengung der Anti-Hitler-Koalition nur die deutsche Spaltung bedeuten). Antifaschismus mindestens im Bunde mit dem Kommunismus ist notwendige Folge im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands gewesen, also Axiom auch für das Geistesleben darin. Dass es mit repressiven und auch terroristischen Mitteln in seiner Geltung forciert worden ist, bedeutet mit dem Blick auf Auschwitz zunächst keinen Ausweis imaginiertes Illusion, sondern nur die Barbarei des Zeitalters, das nun, hoffentlich,

¹² K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd. 1, Berlin 1976, S. 391.

dem Ende entgegengeht. Mit Stephan Hermlin zu sprechen: „Sehen Sie, ich hatte die Wahl zwischen zwei Barbareien: zwischen der faschistischen und der antifaschistischen Barbarei. Und ich habe mich für die antifaschistische entschieden. Alles, was dazwischen stand, zählte damals überhaupt nicht.“¹³ Diese Entscheidung ist die *Conditio sine qua non* auch der Philosophieentwicklung in der deutschen Ostzone und späteren DDR gewesen. Ihren historischen Kontext in Rechnung stellend, kann man auch gegenwärtig, nach dem Ende der kommunistischen Parteiherrschaft in Europa, gewiss keiner anderen Entscheidung irgendeine Realisierbarkeit einräumen. Die Geschichte des deutschen Ostens zwischen 1945 und 1989/90 gehört zur „Abwicklung“ der deutschen „Investitionen“ zwischen 1914 und 1945. Die Kaderphilosophie in der DDR ist ein Phänomen eben dieser „Abwicklung“, ein Indiz ihrer Aufhebung, die Endstellung des zynischen Verstands in der Konstruktion Europas nach der Entscheidung von Jalta.

Wie wird man Kaderphilosoph?

Der Eintritt in die philosophische Ausbildung an irgendeiner Hochschule hat in der DDR zwar die Möglichkeit, aber nicht die Wirklichkeit der Aufnahme in den Philosophiekader bedeutet. Die Gründe, Philosophie zu studieren, sind wie anderswo auch äußerst mannigfaltig gewesen - bis hin zur sogenannten „Umlenkung“, d. h. zum Angebot, es doch mit der Philosophie zu versuchen, wenn in gewünschten Fachrichtungen keine Studienplätze mehr zur Verfügung gestanden haben. In den Jahrgängen der Philosophiestudentinnen und -Studenten, je nach den Richtlinien der aktuellen Hochschulpolitik mal mehr, mal weniger umfangreich, hat daher die Kaderphilosophie stets nur ein Nachwuchsreservoir zur Verfügung gehabt, das Voraussetzung positiver Selektion geeigneter Kaderphilosophen gewesen ist. Sie hat mit der amtlich definierten Klassifikation nach der „sozialen Herkunft“ begonnen, gemäß welcher „Arbeiter- und Bauernkinder“ bevorzugte Förderung genießen sollten. Da sich die Kaderphilosophie als „wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse“ verstanden hat, ist die Zugehörigkeit zur oder Herkunft aus der Arbeiterschaft ein klarer Selektionsvorteil für die Aufnahme in den Philosophiekader gewesen. Wem die Fügung der Natur Geschäftsleute, Pastoren, selbständige Handwerker etc. als Eltern vorgesetzt hat, der ist gezwungen gewesen, erheblich mehr Aufwand zu betreiben, sofern die Aufnahme in jenen Kader sein persönliches Ziel geblieben ist wer jedoch bereits vor Aufnahme des Philosophiestudiums in der materiellen Produktion Werk tätig gewesen ist, hat über einen Kredit verfügt, der über mancherlei Widrigkeiten hinweg geholfen hat, die studierende anderer „sozialer Herkunft“ kaum haben überstehen können.

Diese Widrigkeiten traten vor allem in Gestalt von Versammlungen der „Selbstkritik“ bei „Entlarvung“ bestimmter „Partei- und Staatsfeinde“, anlässlich von „Republikfluchten“, gelegentlich der Entdeckungen verbotener Literatur oder verdächtiger privater Zirkel in Erscheinung. Die für die Identifikation künftiger Kaderphilosophen wirklich wichtigen

¹³ An allem ist zu zweifeln. Der Dichter Stephan Hermlin über Stalin, Honecker und Ernst Jünger, in: Wochenpost 39/38 (1992), Berlin, S. 21.

Ereignisse waren nicht so sehr Seminare, Kolloquia oder sonstige wissenschaftliche Veranstaltungen, sondern vor allem Partei-, FDJ-, mitunter auch Gewerkschaftsversammlungen. Sie bildeten das Purgatorium zur Läuterung und Klärung von Aspirationen, kaderphilosophisch agieren zu können. Auf ihnen wurde ja zwanglos deutlich, ob jemand die momentan geltende „Parteilinie“ zuverlässig und honorierbar vertrat oder nicht. Natürlich hatten sie auch gewöhnliche Disziplinarprobleme zum Thema, wodurch die Unterscheidung politisch legitimer Disqualifikationen von Ahndungen irgendwelcher Regelverstöße gegen ganz traditionelle Studienordnungen nicht eben einfach war. Doch gab es genügend politische Ereignisse, die zu immer neuen Hoch-Zeiten der Selektion führten und künftigen Kaderphilosophen beste Bewährungschancen boten. Die Gretchenfrage hieß darin immer: Wie hältst du es mit den Parteibeschlüssen? Und derjenige hatte den „Kaderentwicklungsplan“ im Tornister, der sie rechtzeitig als Frage nach seiner Gefolgschaftstreue zu den gerade Beschließenden verstand und positiv beantwortete.

Diese kaderphilosophische Auffassung der genannten Gretchenfrage reflektiert einen Sachverhalt, der Außenstehenden nach meiner Erfahrung schwer durchschaubar ist. Nach totalitarismustheoretischer Voraussetzung ist der, wie ich ihn nennen möchte, interne kommunistische Pluralismus unverständlich, ja unvorstellbar. Er ist jedoch ein bares Faktum gewesen, der einfachen Bedingung geschuldet, dass Abstrakta zwar unser Denken und Erkennen determinieren können, nicht jedoch sinnlich-gegenständlich handeln. „Die Partei“ mag den Rang einer platonischen Idee haben, aber auf Erden agiert sie zu jedem Zeitpunkt als bestimmt verfasste Gemeinschaft vermittels ihrer individuellen Mitglieder. Ist die Verfassung hierarchisch, sind Fraktionsbildungen ausgeschlossen, wird etwa der Generalsekretär mehr als General denn als Sekretär traktiert, werden die Parteibeschlüsse nolens volens kritiklos zu akzeptierenden Willensbekundungen amtierender Individuen, wird „die Partei“ de facto identisch mit ihren momentan agierenden Führungsfunktionären. Dies zu erkennen und zu positiven Bedingungen seiner individuellen Laufbahnplanung zu machen ist das eigentliche Geschick des werdenden Kaderphilosophen. Sein Werden ist das Vergehen der Partei als einer wirklichen Gemeinschaft und ihrer Resurrektion als Vereinigung individueller Gefolgschaften. Sie aber ist die Realisierung des internen kommunistischen Pluralismus. Ist die Partei vom philosophierenden Individuum nur als Abstraktum anerkannt, so geht von ihm jederzeit die Gefahr einer Kritik aktueller Entscheidungen gerade namens dieses Abstraktums aus, d.h. die Gefahr der Spaltung im Gegensatz zu der Einheit, der vom gegebenen Führungskorps repräsentierten Geschlossenheit. Damit wird die Partei bei quasimilitärischer Verfassung infolge praktischen Handlungszwangs Schritt um Schritt vom jeweiligen Parteisekretär zunehmend ununterscheidbar. Die Frage „Was sagt die Partei?“ wird gleichbedeutend mit der Frage „Was sagt der Parteisekretär?“. Dies zu erkennen und vor allem anzuerkennen, das macht die Fundamentalfähigkeit des Kaderphilosophen aus, der obendrein noch die spekulative Kunst zu erlernen hat, den Sturz oder Abgang eines solchen Sekretärs zu antizipieren, mit dem Nachfolger rechtzeitig im Bunde zu sein.

Das Beste, was einem werdenden Kaderphilosophen widerfahren kann, ist das Gewinnen der Gunst eines relativ unverwundbaren Parteihierarchen. Da ein solcher Ghostwriter braucht,

und da die wissenschaftspolitische Kommunikation genügend Anlässe des Zusammentreffens bietet, ist die Chance nicht gering, in ein solches Gunstverhältnis einzutauchen. Es befreit vom Druck der Konkurrenz, gewährt Teilnahme am internen Informationsfluss, eine für die Kaderphilosophie existentielle Bedingung, und es schafft Möglichkeiten zum Aufbau eigener Gefolgschaft dadurch, dass man auf Stellenbesetzungen Einfluss gewinnt. So kann man Leute seines Schlages nachziehen, Publikationen durch dienstbare Geister vorteilhaft rezensieren lassen, Verlagsbeziehungen aufbauen, internationale Kontakte anknüpfen, die durch Reisekaderbestimmungen hervorragend kontrollierbar sind, und schließlich ein Sozialprestige ernten, das den Glauben an die eigene Bedeutung zur Selbstverständlichkeit werden lässt. Der zu zahlende Preis besteht im hohen Aufwand zur Pflege des Gunstverhältnisses, der ja von dem für die Bildung der individuellen Produktivität erforderlichen abgezogen werden muss. Daher gehört, bereit, ihren Dienstherren gewünschte Texte zu schreiben, zu den Lebensbedingungen des Philosophiekaders. Dieser kann somit auch nie mit der Philosophenzunft identisch werden, bildet vielmehr ein von der Partei angestelltes Offizierskorps, dem die Mannschaft am Tage der Kapitulation davonläuft.

Zur Beantwortung der Frage, wie man Kaderphilosoph werde, dient sicher auch eine Feststellung darüber, wie man es nicht wird. Wer die Partei, die kommunistische, versteht sich, für das Auskunftsmittel der Vernunft zur Lösung der sozialen Frage hält, hat seine Chancen, Kaderphilosoph zu werden, auf jeden Fall verloren, wenn er sich nicht zur Anerkennung des jeweiligen Generalsekretärs als der indiskutablen Inkarnation eben der Partei entschließt. Er muss, das ist die die Kaderphilosophie fundierende Realabsurdität, im amtierenden Individuum die beschworene Gemeinschaft sehen und zugleich mit hoher Sensibilität spekulativ antizipieren, wer als Nachfolger zu erwarten ist. Sobald er die Gemeinschaft „ohne Rücksicht auf das Ansehen der Person“ durch alle ihre Mitglieder „mit gleichen Rechten und Pflichten“ verwirklicht sieht und gar in ihr Überlegungen äußert, wie denn „die Philosophie als ein Instrument der Partei zu begreifen“ sei, läuft er blindlings in die Gefahr, des „Revisionismus“ geziehen zu werden. Wird solche Denunziation ernstlich und öffentlich zelebriert, ist er erklärter Feind der Kaderphilosophie, eine ihrer Unpersonen. Indem sich die Partei in der Regierung unvermeidlich aus einer egalitären Gemeinschaft in eine Vereinigung unterschiedlicher Gefolgschaften transformiert, vervielfacht sich diese Gefahr, weil so viele relativ souveräne Leiter, quasi Territorialfürsten, ziemlich autonom die Keule des Revisionismusverdachts schwingen können. Mag man also dreist gelernt haben, nach der Formel „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist“ die Weisheit des Generalsekretärs durch gehörige Zitation ausweislich zu verkünden, ist noch immer die Gunst besonderer Seilschaftsführer nicht zu verscherzen, soll die Chance, Kaderphilosoph zu werden, nicht verspielt werden.

Näherungsweise null ist diese Chance, hat man ein ideologieträchtiges Parteiverfahren absolviert, gar den Parteiausschluss erfahren. Dann schleppt man, wie es in der DDR genannt worden ist, einen sogenannten „Kaderrucksack“ mit sich herum, der in seinen Personalakten ein Eigenleben führt und jederzeit in kritischen Situationen vorgeführt werden kann: Da war doch schon einmal etwas! Da für den Kaderphilosophen die Kaderakte „stimmen“ muß, darf

sich der entsprechende Aspirant unter keinen Umständen einen Kaderrucksack aufbinden lassen. Ist es ihm geschehen, empfiehlt sich das Ansteuern einer Nischenexistenz, die der Philosophiekader wegen seiner stalinistischen Natur, „Transmissionsriemen“ der Partei zur Philosophenzunft zu sein, automatisch zulässt. Es ist dies nur eine Reflexion der Tatsache, dass die kommunistisch gelenkte Volkswirtschaft überhaupt in der Komplementarität zentral geplanter Produktion und Distribution mit einer Schattenwirtschaft besteht, in der die ökonomische Initiative individuellen oder gemeinschaftlichen Sonderinteressen Geltung verschafft. Seit 1971 hat auch der Philosophiekader einen „Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR“ zu erfüllen gehabt und darin wohl darauf geachtet, das Produktionspotential nur begrenzt durch ihn determinieren zu lassen. So ist gerade durch die Planung die Nischenexistenz konstituiert worden als eine Reservebildung im Interesse gesicherter Planerfüllung. Diese garantiert die Prämierung (eine Axt dreizehntes Monatsgehalt), und folglich sind die Nischen Bedingungen zusätzlicher Zahlungen. Das ist zwar verrückt, aber im System logisch - und die Chance jener, die keine Kaderphilosophen werden wollten oder konnten.

Zum Abschluss dieser Darstellung ist es vielleicht nicht unangemessen, aus persönlicher Erfahrung über die Chancen, Kaderphilosoph zu werden, zu berichten. Ich habe der Philosophenzunft in der DDR seit 1964 angehört (seit dem 1. Januar dieses Jahres als wissenschaftlicher Assistent am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität) und 1990 im Juni die Aufgabe übernommen, als Konkursverwalter die Abwicklung des Zentralinstituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR als sein erster und letzter gewählter Direktor zu begleiten. Ich habe mit der durch Parteiausschluss und verordneter Exmatrikulation verursachten Unterbrechung zwischen 1955 und 1958 sowie zwischen 1961 und 1963 an der Humboldt-Universität Philosophie studiert. So verfüge ich über eine ziemlich umfangreiche Erfahrung des Umgangs mit der Kaderphilosophie und ihren Repräsentanten, auf die ich nicht verzichten konnte, weil ich auf die Philosophie in der DDR nicht verzichten wollte. Ich darf von mir wohl sagen, dass ich beste Voraussetzungen, Kaderphilosoph zu werden, von Hause aus mitbrachte. Meine Eltern waren seit 1930 Mitglieder der KPD in Berlin. Ich trat nach meiner Reifeprüfung 1952 freiwillig der Kasernierten Volkspolizei (KVP) bei, dem „Staat der Arbeiter und Bauern“ auf Zeit zu dienen (mir schien ein Jahr genügend, aber die Vorschriften definierten drei ich verstehe nicht sechziger der, und um mir meine „kleinbürgerlichen und individualistischen Neigungen“ auszutreiben, unterschrieb ich die Verpflichtung). Die in der KVP gemachten Erfahrungen hielt ich für armeespezifisch und unübertragbar auf den „zivilen Sektor“. Sie wurden auch beim Aufnahmegespräch am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität gar nicht erfragt. Vielmehr freute sich Klaus Zweiling, einen jungen Mann in der Uniform „unserer Streitkräfte“ vor sich zu haben, der beteuerte, seit dem 15. Lebensjahr genau zu wissen, dass er gar nichts anderes als Philosophie studieren wollte. Ich bin sicher, dass die Aufnahme in die philosophische Ausbildung 1955 für mich die Kandidatur für den Philosophiekader bedeutet hat.

Es ließ sich auch alles sehr gut an: Das Philosophiestudium machte mir Spaß, im Nebenfach hörte ich bei den Physikern und natürlich in der Mathematik Karl Schröter. Zum Amte des FDJ-

Sekretärs am Philosophischen Institut kam ich umgehend, ich weiß nicht mehr wie, und wurde mit dieser Funktion wohl automatisch auch Parteileitungsmitglied. Dann kam der 20. Parteitag der KPdSU und mit ihm dubiose Information über angebliche Verbrechen Stalins. Ich erklärte sie mir und anderen zunächst ganz traditionell als „RIAS-Parolen“. Dann kam der polnische Oktober und das Schlimmste, das Schlachten in den Straßen Budapests. Georg Lukacs, der Lieferant meiner Kenntnisse, in Deutsch-Aufsätzen an der Oberschule zu bestehen, galt plötzlich als Unperson. Und in meinem Studienjahr, dem ersten, in dem Klaus Zweiling in die Mysterien materialistischer Hegel-Interpretation einführte, erhoben sich massiv die Stimmen für eine Abrechnung mit dem Stalinismus. Die „konterrevolutionären Folgen“ des Petöfi-Clubs wurden zugestanden, aber als ein Ergebnis der konterrevolutionären Rákosi-Politik identifiziert. Damit war der Rubikon überschritten, weil so die tückische Möglichkeit verblieb, eine ebenso konterrevolutionäre Ulbricht-Politik zu erkennen und auszusprechen. Also wurde mein Studienjahr zum Parteiproblem erster Ordnung, und ich absolvierte bis ins Frühjahrssemester 1958 hinein einen ideologischen Reinigungsprozess, dessen Einzelheiten ich enorm aus meinem Gedächtnis verdrängt habe. Bestimmt weiß ich nur noch, wegen Versöhnertums und Bildung einer parteifeindlichen Fraktion zur Verantwortung gezogen worden zu sein, womit meine Chance, Kaderphilosoph zu werden, auf dem Spiele stand.

Heute ist mir klar, dass diese Chance nur durch vollständigen und bedingungslosen Kniefall vor der Autorität „der Partei“ hätte gewahrt werden können. Solche Kniefälle haben irgendwann fast alle Kaderphilosophen präsentiert. Sie gehören zur ordentlichen Zurüstung des Philosophiekaders wie das Salz zur Suppe. Die Partei hat aber die unhintergehbare Eigenschaft, in der Wirklichkeit durch bestimmte Individuen zu handeln. Und die können den Kniefall wahrlich sauer machen. Die mir erscheinende Partei jedenfalls hatte nicht genügend Autorität, meinen Kniefall zu induzieren. So wurde ich verabschiedet, als bereits die oben erwähnten Studienfreunde verhaftet waren. Ich erhoffte noch vage die Gerechtigkeit „unserer Justiz“. Aber als ich von der Staatsanwältin Geike in Cottbus als Zeuge vernommen wurde, musste ich diese Hoffnung beerdigen und stand vor der Frage: Was nun?

Im momentanen Zeitgeist ist es opportun, sich über das Bleiben in der DDR zu wundern, vor allem, wenn gute Gründe vorgelegen haben, sie zu verlassen. Ich bin, abgesehen von familiären Gründen, unter der Bedingung geblieben, nicht mehr als drei Jahre zur „Bewährung in der Produktion“ zubringen zu müssen und anschließend mein Studium beenden zu dürfen. Das ist sozusagen ein Geschäftsabschluss gewesen, wobei ich allerdings zwei Jahre auf die Anerkennung meiner Bedingung gewartet habe. Sie ist 1960 gekommen, so dass ausgerechnet der 12. August 1961 mein letzter Arbeitstag auf dem Bau geworden ist. Am Tage danach hat sich die Erwägung, man könnte dieses DDR-Unternehmen auch von außen betrachten, erübrigt. Als ich an diesem Tage morgens aus dem Radio von der Grenzschießung gehört habe, ist sie mir umgehend als Ratifikation der Kapitulationsurkunde des kommunistischen Anspruchs auf die Lösung der sozialen Frage erschienen und als ein gravierendes Faktum, mit dem die Person wie im Umgang mit natürlichen Hindernissen rechnen muss. Die jugendliche Hoffnung auf eine deutsche Bewerkstelligung der menschlichen Emanzipation via Diktatur des Proletariats ist erledigt gewesen, und ich habe sie ersetzt durch eine Art experimentellen Verhaltens

herauszufinden, was sich bei gegebenen Bedingungen philosophisch mit dem marxistischen Ansatz machen ließe. Das hat Kompromisse aller Art impliziert und 1980/81 zu dem Resultat geführt: Partei und philosophischer Anspruch sind beim besten Willen nicht zu vereinbaren. Die Story über den Abschluss des Experiments ist publiziert worden, so dass ich auf einen nachzeichnenden Bericht verzichten kann.¹⁴

Was ich aber mit Bezug auf die Frage nach den Chancen, Kaderphilosoph zu werden, auf Grund meines zweiten Versuchs mitteilen kann, ist dies: So selten einem nach Parteiausschluss und Exmatrikulation die Gnade widerfährt, erneut in den Vorhof der Kaderphilosophie einziehen zu dürfen, so unmöglich ist es doch, in den zugehörigen Philosophiekader aufgenommen zu werden. Ein Parteiausschluss ist die unüberwindliche Barriere. Davon bin ich glücklicherweise in dem Augenblick unterrichtet worden, als ich bereits am philosophischen Institut der Humboldt-Universität vier Monate Assistententätigkeit absolviert hatte. Die Gewerkschaftshochschule in Bernau erklärte im Mai 1964 dem Institut, das mich im Juli 1963 zur Einstellung empfohlen hatte: „Den Absolventen, Kollegen Peter Ruben betreffend, müssen wir mitteilen, dass für ihn an unserer Hochschule leider keine Einsatzmöglichkeit besteht.“ Das konnte ich verschmerzen machte mir aber klar, künftig einen Platz im System der Philosophieproduktion nur mit ununterbrochener Risikoabschätzung halten zu können. Entweder war im Verhältnis zur Kaderphilosophie zu arbeiten oder gar nicht.

Dieses Verhältnis habe ich gut 15 Jahre erhalten können, gewiss auch dank glücklicher Umstände, zu denen ich vor allem meine Mitarbeiterschaft bei Hermann Ley zähle, der ein unikalischer Schutzherr gewesen ist und seinen Anempföhlenen zugesichert hat, mit ihm nie ein Parteiverfahren riskieren zu müssen. Er ist 1977 emeritiert worden. Und zu meiner Risikokalkulation hat gehört, in Erwartung der Folgen dieses Ereignisses 1975 das Angebot Manfred Buhrs anzunehmen, zum Zentralinstitut für Philosophie zu wechseln. Das dadurch auf den Weg gebrachte Experiment ist denn auch bis Mitte 1978 recht gut verlaufen. Doch dann haben mich die objektiven Folgen meiner Produktion eingeholt, die schlicht im Entstehen von Beziehungen bestanden, die strukturell nur Kaderphilosophen zustanden. Das hat zum Bruch geführt und zur endgültigen Bestätigung des Prinzips der Kaderphilosophie, niemand unter ihren Vertretern zu dulden, dem Produktivität wichtiger ist als Gefolgschaftstreue.

¹⁴ H.-C. Rauh, Gefesselter Widerspruch. Die Affäre um Peter Ruben, Berlin 1991.

